



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 24.3.2009  
SEK(2009) 381 endgültig

Empfehlung für eine

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**gemäß Artikel 5 Absatz 3 der  
Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997**

**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Zyperns für 2008-2012**

## **BEGRÜNDUNG**

### **1. ALLGEMEINER HINTERGRUND**

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt beruht auf dem Ziel einer gesunden öffentlichen Finanzlage als Mittel zur Verbesserung der Voraussetzungen für Preisstabilität und ein kräftiges tragfähiges Wachstum, das der Schaffung von Arbeitsplätzen förderlich ist. Bei der Reform von 2005 wurde der Nutzen des Pakts bei der Verankerung der Haushaltsdisziplin anerkannt und darüber hinaus versucht, die Effizienz und die wirtschaftlichen Grundlagen des Pakts zu stärken und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten. Insbesondere wurde der Spielraum bei der Anwendung der Vorschriften des Defizitverfahrens erweitert, was vor allem für die Definition „besonderer Umstände“ und die Festlegung der Frist für die Korrektur eines übermäßigen Defizits gilt.

Gemäß der zum Stabilitäts- und Wachstumspakt gehörenden Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup> haben die Mitgliedstaaten dem Rat und der Kommission Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme und danach eine jährliche Aktualisierung der Programme vorzulegen. Mitgliedstaaten, die die einheitliche Währung bereits eingeführt haben, legen (aktualisierte) Stabilitätsprogramme und Mitgliedstaaten, die sie noch nicht eingeführt haben, (aktualisierte) Konvergenzprogramme vor.

### **2. HINTERGRUND DER BEWERTUNG DES AKTUALISIERTEN PROGRAMMS**

Die Kommission hat die am 13. Februar 2009 vorgelegte jüngste Aktualisierung des Stabilitätsprogramms Zyperns geprüft und gibt nun eine Empfehlung für eine Stellungnahme des Rates dazu ab.

Um zu veranschaulichen, vor welchem Hintergrund die im aktualisierten Stabilitätsprogramm dargelegte Haushaltsstrategie bewertet wird, geben die nachstehenden Abschnitte einen Überblick über:

- (1) die Mitteilung der Kommission vom 26. November 2008 („Europäisches Konjunkturprogramm“),
- (2) die jüngste Bewertung der Situation des Landes im Rahmen der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Zusammenfassung der Stellungnahme des Rates zur vorhergehenden Aktualisierung des Stabilitätsprogramms).

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, sind abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/sg\\_pact\\_fiscal\\_policy/fiscal\\_policy528\\_de.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/sg_pact_fiscal_policy/fiscal_policy528_de.htm).

## **2.1. Mitteilung der Kommission vom 26. November 2008 („Europäisches Konjunkturprogramm“)**

Angesichts des beispiellosen Ausmaßes der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Europäische Kommission ein Europäisches Konjunkturprogramm<sup>2</sup> gefordert. Vorgeschlagen wurde ein ehrgeiziges Paket antizyklischer makroökonomischer Maßnahmen, die der Wirtschaft bei der Bewältigung dieser Krise helfen sollen, bestehend aus i) einem unmittelbaren budgetären Impuls im Umfang von 200 Mrd. EUR (1,5 % des BIP der EU), der sich aus zusätzlichen Haushaltsmitteln der Mitgliedstaaten von 170 Mrd. EUR (rund 1,2 % des BIP der EU) sowie EU-Mitteln zur Unterstützung von Sofortmaßnahmen in Höhe von etwa 30 Mrd. EUR (rund 0,3 % des BIP der EU) zusammensetzt, und ii) einer Reihe auf der Lissabon-Strategie basierender Schwerpunktmaßnahmen, um die Volkswirtschaften der EU für langfristige Herausforderungen zu rüsten, wobei die Strukturreformen zur Steigerung des Wachstumspotenzials fortgeführt werden sollen. Dem Programm zufolge soll bei den budgetären Impulsen danach differenziert werden, in welcher Lage sich ein Mitgliedstaat im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen und seine Wettbewerbsfähigkeit befindet. Insbesondere in Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums, die mit erheblichen außen- und binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichten zu kämpfen haben, sollte die Haushaltspolitik im Wesentlichen darauf abzielen, diese Ungleichgewichte zu korrigieren. Das Programm wurde am 11. Dezember 2008 vom Europäischen Rat beschlossen. In diesem Zusammenhang wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, einen Zusatz zu ihrem aktualisierten Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramm zu übermitteln, der den im Rahmen des Konjunkturprogramms ergriffenen Maßnahmen Rechnung trägt. Wie die (budgetären und strukturellen) Maßnahmen auf kurze Sicht zur Konjunkturerholung beitragen, wird in den Stellungnahmen zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen geprüft.

## **2.2. Bewertung in der Stellungnahme des Rates zur letzten Programmaktualisierung**

In seiner Stellungnahme vom 4. März 2008 fasste der Rat seine Bewertung der Stabilitätsprogrammaktualisierung für den Zeitraum 2007-2011 wie folgt zusammen: „Insgesamt lässt sich somit der Schluss ziehen, dass die im Programm skizzierte Haushaltsstrategie ausreichen dürfte, um während des gesamten Programmzeitraums eine solide Haushaltsposition und makroökonomische Stabilität zu gewährleisten. Das im Programm formulierte mittelfristige Ziel ist ehrgeiziger als das vorher anvisierte Defizit von 0,5 % des BIP und gibt nun einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor, der im Jahr 2007 bereits übertroffen wurde. Dies war möglich, weil die Gesamteinnahmen um über 3 Prozentpunkte des BIP anstiegen, was nicht erwartet wurde und sich größtenteils durch Zusammensetzungseffekte erklärt, die im Zusammenhang mit der hohen Rentabilität des Finanzsektors und den lebhaften Immobilieninvestitionen zu sehen sind, die in den kommenden Jahren gemäß den Prognosen des Programms jedoch wieder zu den in der Vergangenheit beobachteten Trends zurückkehren werden. Die Haushaltsziele, die wesentlich ambitionierter sind als im vorherigen Programm, könnten aufgrund der besseren Ausgangsbasis des Jahres 2007 in den Jahren 2008 und 2009 übertroffen werden. Danach könnten sie angesichts der optimistischen Wachstumsannahmen jedoch schlechter ausfallen. Auch wenn der im Vergleich zu 2007 voraussichtlich geringere Haushaltsüberschuss großteils die erwartete Normalisierung der Steuereinnahmen reflektiert, besteht die Gefahr, dass der haushaltspolitische Kurs für das Jahr 2008 sich als prozyklisch erweisen könnte. Der

---

<sup>2</sup> Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat vom 26. November 2008 – KOM(2008) 800.

Schuldenstand soll gemäß den Prognosen insbesondere im Jahr 2008 deutlich zurückgehen. Angesichts des prognostizierten Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben würden sich die Reform des Rentensystems und eine rechtzeitige Umsetzung der bereits beschlossenen Reformen im Gesundheitswesen positiv auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auswirken, die stark gefährdet erscheint.“ In Anbetracht der vorstehenden Bewertung forderte der Rat Zypern auf, „durch die weitere Verbesserung der Kontrolle der laufenden Ausgaben eine prozyklische Finanzpolitik zu vermeiden und unerwartete Mehreinnahmen zum weiteren Schuldenabbau zu nutzen,“ und „die öffentlichen Ausgaben insbesondere durch eine Reform des Rentensystems und die rasche Durchführung der bereits beschlossenen Reformen im Gesundheitswesen einzudämmen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern“.

Empfehlung für eine

## STELLUNGNAHME DES RATES

gemäß Artikel 5 Absatz 3 der  
Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997

zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Zyperns für 2008-2012

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>3</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat prüfte [am 24. April 2009] das aktualisierte Stabilitätsprogramm Zyperns für den Zeitraum 2008 bis 2012.
- (3) In den letzten Jahren verzeichnete Zypern ein kräftiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4 %, bei nahezu Vollbeschäftigung und niedriger Inflation. Gemäß der Zwischenprognose der Kommissionsdienststellen vom Januar 2009 ließ das BIP-Wachstum leicht nach und verringerte sich im Jahr 2008 auf 3,7 %. Bedingt durch die sinkende externe Nachfrage und den Rückgang des Vertrauens der Verbraucher und Investoren soll sich das BIP-Wachstum im Jahr 2009 auf knapp über 1 % deutlich verlangsamen und im Jahr 2010 zwar positiv aber unter dem Potenzial bleiben. Seit Ende 2008 hat Zypern in Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm zahlreiche finanzpolitische Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit getroffen, die sich im Jahr 2009 auf ca. 1½ % des BIP belaufen. Zusätzlich zu diesen diskretionären Maßnahmen erzeugt der Wirtschaftsabschwung gemeinsam mit dem rückläufigen Wachstumsbeitrag der Steuereinnahmen Druck auf die öffentlichen Finanzen. Außerdem hat Zypern gegenüber dem Rest der Welt eine hohe Nettoverschuldung, was nicht nur auf die geringen Nettoersparnisse im privaten Sektor,

---

<sup>3</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/sg\\_pact\\_fiscal\\_policy/fiscal\\_policy528\\_de.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/sg_pact_fiscal_policy/fiscal_policy528_de.htm).

sondern auch auf die Verschlechterung der gesamtstaatlichen Nettoposition zurückzuführen ist. Zypern steht somit vor der Herausforderung, sein Wachstum während eines schweren und langwierigen globalen Wirtschaftsabschwungs zu steigern und gleichzeitig die bestehenden gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu beheben, indem es weiterhin eine umsichtige Finanzpolitik verfolgt. Langfristig steht das Land vor der Aufgabe, die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen in Anbetracht einer alternden Bevölkerung zu verbessern.

- (4) Nach dem gesamtwirtschaftlichen Ausgangsszenario des Programms soll sich das reale BIP-Wachstum von 3,8 % im Jahr 2008 auf 2,1 % im Jahr 2009 verlangsamen, bevor es im restlichen Programmzeitraum wieder eine durchschnittliche Rate von fast 3 % erreichen soll. Nach aktuellem Kenntnisstand<sup>4</sup> scheint dieses Szenario von günstigen Wachstumsannahmen für 2009 und die Folgejahre auszugehen. Insbesondere beruht die Annahme, dass sich die Wachstumszusammensetzung hin zu einem weniger negativen Beitrag der Nettoexporte verlagert, auf einem positiven Exportwachstum im Jahr 2009, was im Widerspruch zur erwarteten Verlangsamung des Welthandels und des Wirtschaftswachstums der wichtigsten Handelspartner Zyperns steht. Ferner sollen sich der private Verbrauch sowie private Investitionen nach 2009 günstig entwickeln. Gestützt auf eine schrittweise Verringerung des Handelsbilanzdefizits sieht das Programm einen langsamen Rückgang des Zahlungsbilanzdefizits von 12,4 % des BIP im Jahr 2008 auf 10,2 % des BIP im Jahr 2012 vor. Dies steht im Einklang mit einem moderateren Wachstum der Inlandsnachfrage. Die Inflationsprojektionen des Programms scheinen realistisch.
- (5) Im Jahr 2008 sollen sich der gesamtstaatliche Überschuss von 3,4 % des BIP im Jahr 2007 auf 1 % und der strukturelle Saldo (d.h. der konjunkturbereinigte Saldo ohne Anrechnung einmaliger und sonstiger befristeter Maßnahmen nach Neuberechnungen der Kommissionsdienststellen anhand der Programmdaten) von 3½ % des BIP auf ¾ % verringert haben. Diese Veränderungen lassen sich hauptsächlich auf die durch eine gedämpfte Aktivität im Immobiliensektor bedingten Einnahmehausfälle und die Ausgabenüberschreitungen zurückführen. Insbesondere Subventionen und sonstige Ausgaben waren für den Anstieg der Ausgaben um jeweils ca. ½ Prozentpunkt des BIP verantwortlich. Davon beliefen sich die erhöhten Ausgaben aufgrund der Dürre und die damit verbundenen Ausgaben zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung sowie die Ausgleichszahlungen für Landwirte auf ¾ Prozentpunkte des BIP. Darüber hinaus wurde der zusätzliche Ausgabenanstieg um fast ½ Prozentpunkt des BIP durch Sozialleistungen und andere Maßnahmen für den sozialen Zusammenhalt (für Rentner, Menschen mit Behinderungen und andere Sozialhilfeempfänger) hervorgerufen. Der Überschuss im Jahr 2008 liegt dennoch über dem im Stabilitätsprogramm 2007 festgelegten Ziel von 0,5 % des BIP. Dies ist auf unerwartet hohe Einnahmen, niedrigere Zinszahlungen und einen positiven Basiseffekt 2007 – der endgültige Haushaltsüberschuss ist auf 3,4 % des BIP gestiegen, verglichen mit einem vorher anvisierten Ergebnis von 1,5 % – zurückzuführen. Insgesamt erwies sich die Finanzpolitik bei noch günstiger Konjunktur als prozyklisch (laut den jüngsten Daten ist das BIP um schätzungsweise 3,7 % gestiegen).

---

<sup>4</sup> In die Bewertung fließt vor allem die Prognose der Kommissionsdienststellen vom Januar 2009 ein, daneben jedoch auch andere, neuere Daten.

- (6) Gemäß der Programmaktualisierung liegt das Haushaltsziel 2009 bei einem Defizit von 0,8 % des BIP. Dies entspricht weitgehend der Zwischenprognose der Kommissionsdienststellen. Angesichts des im Haushaltsgesetz 2009 (vom Parlament am 18. Dezember 2008 verabschiedet) angestrebten Überschusses von 1 % des BIP bedeutet dies eine Korrektur um  $1\frac{3}{4}$  Prozentpunkte des BIP nach unten. Diese Entwicklung lässt sich dadurch erklären, dass die Gesamteinnahmenprojektionen entsprechend der langsameren Wachstumsaussichten nach unten revidiert wurden. Laut der Programmaktualisierung wird 2009 die Einnahmenquote, hauptsächlich aufgrund der gedämpften Aktivität im Immobiliensektor und der geringeren Rentabilität der Unternehmen sowie des Ausbleibens der Dividendenerträge von halbstaatlichen Organisationen, um  $1\frac{1}{2}$  Prozentpunkte gegenüber dem Ergebnis von 2008 sinken. Die öffentlichen Ausgaben sollen nur geringfügig ansteigen. Die höheren Sozialleistungen werden durch Einsparungen bei den Zinszahlungen ausgeglichen. Alles in allem wird 2009 ein expansiver finanzpolitischer Kurs verfolgt, was mit dem Europäischen Konjunkturprogramm in Einklang steht.
- (7) Im Programm wird davon ausgegangen, dass sich das Gesamtdefizit schrittweise von einem Zielwert von 0,8 % des BIP im Jahr 2009 auf 2,2 % im Jahr 2012 erhöht. Gleichzeitig wird der Primärüberschuss von 1,5 % des BIP im Jahr 2009 auf 0,2 % im Jahr 2011 sinken und sich im Jahr 2012 in ein Defizit von 0,2 % verwandeln. Das strukturelle Defizit lässt auf eine Verschlechterung der Defizitlage von  $\frac{3}{4}$  % des BIP im Jahr 2009 auf ca. 2 % des BIP im Jahr 2012 schließen, auch wenn mit einem lebhaften Wachstum gerechnet wird. Dies bedeutet bereits für 2009 eine Abweichung vom mittelfristigen Haushaltsziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts, die sich während der Programmlaufzeit noch weiter verschärft. Die projizierte Verschlechterung des Haushaltssaldos ist hauptsächlich durch einen Anstieg der derzeitigen Primärausgaben, insbesondere der Sozialausgaben, Löhne und Gehälter sowie sonstiger Ausgaben, bedingt. Der staatliche Bruttoschuldenstand, der 2008 schätzungsweise 49,3 % des BIP betrug, soll 2012 aufgrund der anhaltenden, wenn auch rapide abnehmenden Primärüberschüsse auf 44,2 % des BIP sinken.
- (8) Die Haushaltsergebnisse sind mit Abwärtsrisiken behaftet. Insbesondere scheint das gesamtwirtschaftliche Szenario des aktualisierten Programms von günstigen Wachstumsannahmen während der Programmlaufzeit auszugehen. Auf der Einnahmenseite sind die Risiken für die öffentlichen Finanzen vor allem von 2009 bis 2010 gegenüber den Vorjahren erhöht und erwachsen aus einem möglicherweise drastischeren Konjunkturrückgang und einer Verlagerung der Wachstumszusammensetzung hin zu weniger steuerergiebigen Komponenten. In Anbetracht des erwarteten Wirtschaftsabschwungs und der allgemeinen Forderung, die Inlandsnachfrage durch erhöhte öffentliche Ausgaben zu stärken, sind die Risiken möglicher Überschreitungen nicht unerheblich. Die Schuldenquote könnte sich angesichts der für das gesamtwirtschaftliche Szenario und die Haushaltsziele geltenden Risiken weniger günstig entwickeln als in der Programmaktualisierung projiziert.
- (9) Die langfristigen budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung sind wesentlich stärker als im EU-Durchschnitt, vor allem durch den wohl relativ starken Anstieg der Rentenausgaben bezogen auf das BIP in den kommenden Jahrzehnten, der zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass das Rentensystem noch nicht ausgereift ist. Mit dem Programm wird eine kürzlich verabschiedete Rentenreform eingeführt, die den Anstieg der Rentenausgaben verringern soll. Solange die aktualisierten Projektionen

allerdings nicht endgültig vom Ausschuss für Wirtschaftspolitik validiert sind, können sie nur als „nationale Projektionen“ betrachtet werden. Während die Haushaltslage im Jahr 2008 dazu beigetragen hätte, die projizierten langfristigen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die öffentlichen Haushalte zum Teil auszugleichen, wäre das Gegenteil der Fall, wenn die im Programm projizierten Haushaltsentwicklungen eintreten würden. Die Verbesserung des Primärsaldos auf mittlere Sicht und die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Eindämmung des erheblichen Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben würden dazu beitragen, die hohen Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verringern.

- (10) Der Haushaltsrahmen Zyperns hat sich als gut erwiesen, da die Haushaltsziele, wenn auch bei lebhaftem Wirtschaftswachstum, übertroffen wurden. Der Rahmen wurde in jüngster Vergangenheit durch die Annahme des Finanzverwaltungssystems (IFMAS) und die seit 2006 schrittweise erfolgte Umsetzung eines dreijährigen mittelfristigen Haushaltsrahmens (MTBF) und die Einführung einer Programm- und Leistungsbudgetierung (PPB) 2007 verbessert. Die bislang geübte Praxis, im Laufe des Jahres Nachtragshaushalte zu verabschieden, führte zu einem Anstieg der laufenden Ausgaben, der über die geplante Umverteilung der Mittel hinausging. Dem Programm zufolge soll der haushaltspolitische Rahmen, sobald er vollständig umgesetzt ist, dieser Gewohnheit ein Ende setzen und zu einem wirksameren und effizienteren Haushaltsverfahren führen, und somit zu einer Eindämmung der Ausgaben beitragen. Gleichzeitig würde das neue Haushaltsverfahren eine solide Grundlage für die Umverteilung der Mittel zugunsten wachstumsfördernder Maßnahmen entsprechend den im nationalen Reformprogramm festgelegten Prioritäten schaffen. Die Umsetzung des neuen Rahmens befindet sich allerdings erst im Anfangsstadium und soll erst 2012 vollständig abgeschlossen sein.
- (11) Die Regierung Zyperns hat kein Maßnahmenpaket speziell zur Stabilisierung des Finanzsektors beschlossen. Allerdings wurde die Deckungssumme für die Einlagensicherung von 40 000 EUR auf 100 000 EUR angehoben, um das Vertrauen in das Banksystem zu stärken. Außerdem hat die Regierung Anfang Januar 2009 zur Finanzierung ihres kurzfristigen Bedarfs (Cashflow) und zur Verbesserung der Liquiditätskonditionen im Banksystem Schatzwechsel mit einer Laufzeit bis Oktober 2009 emittiert, die dann bis Dezember 2009 verlängert wurde. Der Gesamtwert liegt in der Größenordnung von 1,4 Mrd. EUR (8 % des BIP), wovon ca. die Hälfte auf Banken und Kreditinstituten angelegt wird.
- (12) Auf den konjunkturellen Abschwung hat die Regierung Zyperns mit diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen reagiert. Das für 2009 geschnürte Konjunkturpaket entspricht dem Europäischen Konjunkturprogramm und stellt mit seiner befristeten Stützung der Wirtschaft im Jahr 2009 eine angemessene Reaktion auf den Abschwung dar. Die Gesamthaushaltskosten belaufen sich auf ca. 1½ % des BIP, wovon ¼ Prozentpunkt bereits in den Haushalt 2009 aufgenommen wurde. Ziel ist es, die Auswirkungen der Krise auf die am meisten betroffenen Wirtschaftssektoren, insbesondere den Bau- (1¼ % des BIP) und Tourismussektor (ca. ¼ % des BIP), zu mildern. Die Regierung hat darüber hinaus für einkommensschwache Familien eine gezielte Maßnahme zur Vergabe von Krediten zu günstigen Bedingungen für den Erwerb ihres Hauptwohnsitzes ergriffen. Die Auswirkung dieser Maßnahme auf den Schuldenstand wird von 2009 bis 2013 schätzungsweise 1 % des BIP betragen. Alles in allem ist das Paket als rechtzeitig, gezielt und befristet anzusehen. Es steht weitgehend mit den wichtigsten kurzfristigen Zielen in Einklang. Die



Programmfortschreibung sieht ferner eine Reihe struktureller Maßnahmen vor, die zwar Teil der längerfristigen Reformagenda sind, aber dennoch dazu beitragen, den aus dem Abschwung resultierenden aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Diese Maßnahmen beziehen sich auf die mittelfristige Reformagenda und die von der Kommission am 28. Januar 2009 im Rahmen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung vorgeschlagenen länderspezifischen Empfehlungen. Sie zielen auf eine Förderung des Wachstumspotenzials, eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und eine Steigerung des Sach- und Humankapitals ab.

- (13) Während der Programmlaufzeit wird allgemein ein expansiver haushaltspolitischer Kurs verfolgt. So besteht insbesondere ab 2009 eine erhebliche Abweichung vom mittelfristigen Haushaltsziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts, die in Anbetracht der erheblichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte der Wirtschaft Zyperns Probleme aufwerfen kann. Wenn man bedenkt, dass die mittelfristigen Risiken abwärtsgerichtet sind, könnten die Haushaltsziele schlechter sein als im Programm projiziert. Da Zypern angesichts seiner hohen Netto-Verschuldung gegenüber dem Rest der Welt nur einen begrenzten Spielraum für finanzpolitische Maßnahmen hat, läuft eine weitere Verschlechterung der Haushaltslage in den späteren Programmjahren der Korrektur der Ungleichgewichte des Landes und der Anpassung für die Erreichung des mittelfristigen Ziels zuwider.
- (14) Das Programm enthält alle im Verhaltenskodex für die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorgeschriebenen Daten und fast alle der darin vorgesehenen fakultativen Angaben<sup>5</sup>.

Insgesamt lässt sich somit der Schluss ziehen, dass aufgrund der 2009 verabschiedeten wesentlichen Konjunkturmaßnahmen, die mit dem Europäischen Konjunkturprogramm in Einklang stehen, 2009 ein expansiver finanzpolitischer Kurs verfolgt wird. In den Folgejahren soll sich der strukturelle Saldo weiter verschlechtern und immer mehr vom mittelfristigen Ziel abweichen. In Anbetracht der relativ guten Wirtschaftsaussichten, die mit einer prozyklischen Lockerung der Finanzpolitik einhergehen, und des Bestehens erheblicher außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte scheint dies nicht gerechtfertigt. Außerdem ist die Haushaltsstrategie angesichts der drastischen Verschlechterung der Weltwirtschaftslage mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet, da das gesamtwirtschaftliche Szenario des Programms auf günstigen Wachstumsannahmen beruht. Angesichts der erheblichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sollte der Fortführung einer umsichtigen Politik und der Stärkung der finanziellen Tragfähigkeit oberste Priorität zukommen. Aus diesem Grund stellen die Eindämmung der laufenden Ausgaben und die Vermeidung einer Prozyklizität eine wesentliche Herausforderung für die Finanzpolitik Zyperns dar. Die Qualität der öffentlichen Finanzen zu fördern ist auch deshalb von Bedeutung, weil damit die Voraussetzungen für eine reibungslose Anpassung der Wirtschaft unter Berücksichtigung der derzeitigen Ungleichgewichte geschaffen werden.

---

<sup>5</sup> Insbesondere fehlen die Daten zu den Primäreinkommen und Transfers.

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung wird Zypern aufgefordert:

- (i) die im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm beschlossenen Maßnahmen wie geplant umzusetzen und eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Finanzen im Jahr 2009 gegenüber der Zielvorgabe zu vermeiden;
- (ii) die projizierte finanzpolitische Lockerung im Jahr 2010 und den Folgejahren umzukehren, indem es die Ausgaben eindämmt und dadurch mittelfristig eine solide Haushaltsposition gewährleistet;
- (iii) angesichts der laufenden Verschlechterung der Haushaltslage und der projizierten Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die staatlichen Ausgaben die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, indem es die Reformierung des Renten- und Gesundheitssystems fortführt.

\*\*\*

## Gegenüberstellung der wichtigsten Projektionen für die Gesamtwirtschaft und den Haushalt

		2007	2008	2009	2010	2011	2012
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>4,4</b>	<b>3,8</b>	<b>2,1</b>	<b>2,4</b>	<b>3,0</b>	<b>3,2</b>
	KOM Jan. 2009	4,4	3,6	1,1	2,0	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	4,2	4,1	4,0	4,0	4,0	k.A.
HVPI-Inflation (%)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>2,2</b>	<b>4,4</b>	<b>2,0</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>
	KOM Jan. 2009	2,2	4,4	2,0	2,3	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	2,2	2,5	2,0	2,0	2,0	k.A.
Produktionslücke <sup>1</sup> (% des BIP-Potenzials)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>0,2</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,6</b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,2</b>
	KOM Jan. 2009	1,1	1,9	0,5	0,1	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	-0,7	-0,6	-0,6	-0,4	k.A.	k.A.
Netto-Finanzierungsdefizit/ überschuss gegenüber dem Rest der Welt (% des BIP)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>-11,7</b>	<b>-12,4</b>	<b>-12,1</b>	<b>-11,5</b>	<b>-10,9</b>	<b>-10,2</b>
	KOM Jan. 2009	-9,7	-13,2	-11,8	-10,8	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	-6,6	-6,5	-6,3	-5,9	-5,6	k.A.
Gesamtstaatliche Einnahmen (% des BIP)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>46,4</b>	<b>45,3</b>	<b>43,8</b>	<b>44,0</b>	<b>44,4</b>	<b>44,8</b>
	KOM Jan. 2009	46,4	45,6	44,1	44,1	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	45,9	44,3	44,5	44,6	44,7	k.A.
Gesamtstaatliche Ausgaben (% des BIP)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>42,9</b>	<b>44,3</b>	<b>44,6</b>	<b>45,5</b>	<b>46,3</b>	<b>47,1</b>
	KOM Jan. 2009	42,9	44,7	44,7	45,1	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	44,4	43,8	44,0	44,0	44,1	k.A.
Gesamtstaatlicher Saldo (% des BIP)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>3,4</b>	<b>1,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>-1,4</b>	<b>-1,9</b>	<b>-2,2</b>
	KOM Jan. 2009	3,4	1,0	-0,6	-1,0	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	1,5	0,5	0,5	0,7	0,7	k.A.
Primärsaldo (% des BIP)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>6,5</b>	<b>3,9</b>	<b>1,5</b>	<b>0,8</b>	<b>0,2</b>	<b>-0,2</b>
	KOM Jan. 2009	6,5	3,9	1,8	1,2	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	4,7	3,4	2,9	2,9	2,8	k.A.
Konjunkturbereinigter Saldo <sup>1</sup> (% des BIP)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>-0,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,1</b>
	KOM Jan. 2009	3,0	0,2	-0,8	-1,1	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	1,8	0,7	0,7	0,8	0,7	k.A.
Struktureller Saldo <sup>3</sup> (% des BIP)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>-0,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,1</b>
	KOM Jan. 2009	3,0	0,2	-0,8	-1,1	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	0,3	0,7	0,7	0,8	0,7	k.A.
Staatlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>SP Jan. 2009</b>	<b>59,4</b>	<b>49,3</b>	<b>46,8</b>	<b>45,4</b>	<b>44,2</b>	<b>44,2</b>
	KOM Jan. 2009	59,4	48,1	46,7	45,7	k.A.	k.A.
	KP Dez. 2007	60,0	48,5	45,3	43,8	40,5	k.A.
<p><u>Erläuterungen:</u></p> <p><sup>1</sup> Produktionslücken und konjunkturbereinigte Salden nach Neuberechnungen der Kommissionsdienststellen anhand von Programmdateien.</p> <p><sup>2</sup> Ausgehend von einem geschätzten Wachstumspotenzial von 3,1%, 2,8%, 2,6% bzw. 2,4% im Zeitraum 2007-2010.</p> <p><sup>3</sup> Konjunkturbereinigter Saldo ohne Anrechnung einmaliger und sonstiger befristeter Maßnahmen. Weder die jüngste Programmfortschreibung noch die Januar-Zwischenprognose der Kommissionsdienststellen sehen einmalige oder sonstige befristete Maßnahmen vor.</p> <p><u>Quelle:</u> Stabilitätsprogramm (SP), Zwischenprognose der Kommissionsdienststellen vom Januar 2009 (KOM), Berechnungen der Kommissionsdienststellen.</p>							